

**- Tischvorlage zu Top 2 der öffentlichen Sitzung des
Hauptausschuss am 09.12.2019 -**

05.12.2019

Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2020

In der Zeit vom 2.- 4. Dezember 2019 wurde der Haushaltsplanentwurf 2020 in den Ortschaftsräten beraten.

Insgesamt wurden 4 Anträge zum Haushaltsplan an den Hauptausschuss gestellt. Ein weiterer Antrag wurde von der CDU-Fraktion gestellt.

- 1) Der Ortschaftsrat Herten stellt den Antrag, dass das Projekt Scheffelhalle weiter im Haushaltsplan Berücksichtigung findet und die Mittel wie im Haushaltsjahr 2019 vorgesehen bereitgestellt werden.**

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Haushaltsplan 2019 waren für die Investitionsmaßnahme „Umbau/Erweiterung Scheffelhalle“ **insgesamt 2.000.000 Euro** eingeplant. Die Verteilung betrug für das Jahr 2020 450.000 Euro, für das Jahr 2021 750.000 Euro sowie in 2022 ebenfalls 750.000 Euro. Die Bereitstellung der Mittel würden im Finanzhaushalt im Haushaltsjahr 2020 Verschlechterungen in Höhe von 450.000 Euro bringen, im Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 750.000 Euro und im Haushaltsjahr 2022 Verschlechterungen in Höhe von 750.000 Euro.

Zum jetzigen Zeitpunkt liegen keine abgestimmten und ausreichend detaillierten Baupläne für die Halle vor. Fraglich ist zudem, ob die beantragten Mittel für eine vollumfängliche Umsetzung der Maßnahme ausreichend sind.

Die Verwaltung schlägt unter Berücksichtigung der angespannten Haushaltslage vor, den Antrag abzulehnen.

- 2) Der Ortschaftsrat Herten stellt den Antrag, dass die Planungsrate für den Neubau einer Kindertageseinrichtung im Stadtteil Herten von 2022 auf 2020 und die Baukosten von 2023 auf 2021 vorgezogen werden.**

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Haushaltsplan 2020 sind für die Maßnahme „Neubau eines Kinderhauses mit Inklusion“ für das Finanzplanungsjahr 2022 120.000 Euro und für das Jahr 2023 1.200.000 Euro eingeplant. Eine Verschiebung der Mittel von 2022 nach 2020 und von 2023 nach 2021 sorgt für Entlastung der Finanzplanungsjahre 2022 und 2023 und Belastung in den Jahren 2020 und 2021.

Nach derzeitigem Stand liegen die erforderlichen Grundlagen für eine zeitnahe Umsetzung der Maßnahme nicht vor. Über die bauliche Entwicklung der Kindertagesstätten soll in der kommenden Klausurtagung beraten werden.

Die Verwaltung schlägt dem Hauptausschuss vor, die Mittel in den Finanzplanungsjahren zu belassen.

- 3) Die CDU Stadtratsfraktion Rheinfeldern stellt den Antrag, Planungsmittel in Höhe von 50.000 Euro für die Planung zweier Gruppenräume des ev. Pauluskindergartens einzustellen. Der Antrag ist der Vorlage beigelegt**

Stellungnahme der Verwaltung:

Für eine Bezuschussung des Erweiterungsbaus wurden für den Haushaltplan 2020 vom zuständigen Amt keine Mittel angemeldet. Für die Umsetzung der Planungen der Kirche müssten im Haushaltsjahr 2020 im investiven Bereich Investitionszuschüsse in Höhe von 50.000 Euro neu eingestellt werden. Der Finanzhaushalt würde sich im Jahr 2020 um 50.000 Euro verschlechtern.

Da sich die geplanten Standorte in Rheinfeldern und Herten verzögern, sollte dieser Standort bevorzugt bearbeitet werden.

Die Verwaltung schlägt dem Hauptausschuss vor, einen Investitionszuschuss für die Planungskosten in Höhe von 50.000 Euro an den kirchlichen Träger bereitzustellen.

- 4) Der Ortschaftsrat Minseln stellt den Antrag, dass neben den im Haushalt 2020 eingeplanten Mitteln in Höhe von 26.000 Euro für die Planung eines Radwegs zwischen Minseln und Karsau, noch ein erster Betrag von 100.000 Euro für Baukosten veranschlagt werden.**

Stellungnahme der Verwaltung:

Mittel in Höhe von 100.000 Euro belasten den Finanzhaushalt im Jahr 2020 zusätzlich. Nach derzeitigem Stand soll mit den Planungskosten von 26.000 Euro eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden. Bei dieser Machbarkeitsstudie müssen u.a. umfangreiche Fragen wie der genaue Verlauf des Weges und die Notwendigkeit eines Planfeststellungsverfahrens geklärt werden. Anschließend müssen Fördermittel beantragt werden. Ein vorzeitiger Beginn der Baumaßnahme wirkt sich förderschädlich aus, wodurch keine finanzielle Förderung gewährt wird.

Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag abzulehnen.

- 5) Der Ortschaftsrat Minseln stellt den Antrag, für die Radwegquerung in Unterminseln Geld für den Grunderwerb und Bau bereit zu stellen.**

Stellungnahme der Verwaltung:

Aufgrund von fehlenden Planungen für die Umsetzung dieser Maßnahme, wurde der Antrag ohne eine konkrete Mittelbedarfsberechnung gestellt.

Für eine Wegeverbreiterung muss ein Grunderwerb erfolgen und die Baumaßnahme geplant und umgesetzt werden.

Das Projekt ist sinnvoll und wird befürwortet.

Die Verwaltung schlägt dem Hauptausschuss vor, im Jahr 2020 Grundstücksverhandlungen zu führen. Mittel dafür sind vorhanden und werden nicht zusätzlich bereitgestellt. Über die Umsetzung der Baumaßnahme wird nach einem erfolgreichen Grunderwerb beraten. Gegebenenfalls besteht die Möglichkeit, den Bau außerplanmäßig durchzuführen.